

QUARTALSBERICHT

Projektland: Namibia

Quartal/Jahr: 4/2011

Kennzahlen		Jahr	Quelle
Einwohnerzahl geschätzt	2,2 Mio.	2010	WB
Bevölkerungswachstum geschätzt	0.9 %	2010	CBS
Anteil der unter 15jährigen	40 %	2010	CBS
Stadtbewohner	37 %	2008	
Klassifizierung	Oberes mittleres Einkommen	2008	WB
BIP	US \$ 8.6 Mrd.	2008	WB
Pro-Kopf-Einkommen	US \$ 6.720	2008	WB
PPP (IMF Schätzung)	US \$ 5.250	2008	WB
Arbeitslosigkeit	51,2 %	2010	MoL
Haushaltsdefizit (Ziel < 5,0%)	9,8 %	2011/12	MoF
Staatsverschuldung in % des BIP	27,2 % (Ziel > 30%)	2011/12	MoF
Inflationsrate	6,0 %	Nov 2011	CBS
Rating			
- Fitch	BBB-	2011	
- Moody's	Baa3	2011	
Reporate	6,0 %	März 11	BoN
Prime Rate	9,75 %	März 11	BoN
Staatsanteil bei Ausgaben in % des BIP	22,8 % (Ziel > 30%)	2010/11	MoF
Staatsanteil bei den Einnahmen	32,3 %	2010/11	MoF
HDI	0,63	2008/09	CBS
HIV/AIDS Verbreitung (15 – 49 Jahre)	18,8 %	2010	MoHSS
Ginikoeffizient	0,60	2008	CBS
Int. Wettbewerbsindex (von 183 Ländern)	83	2010	WEF
Aus 36 Ländern südlich der Sahara	6		
Korruptionsindex (von 180 Ländern)	4,4 aus 10 (182 Länder)	2011	TI
Zusammensetzung BIP		2008	CBS
- Landwirtschaft	9,6 %		
- Industrie	34,3 %		
- Dienstleistungen	56,2 %		

MoHSS: Ministry of Health & Social Services
 CBS: Central Bureau of Statistics
 MoF: Ministry of Finance
 BoN: Bank of Namibia
 TI: Transparency International
 WEC: World Economic Forum
 WB: World Bank

SCHLAGZEILEN

1. **Diskussion über deutsche Kolonialzeit geht weiter**
2. **Inflationsrate stagniert bei rund 6%**
3. **Auswirkungen der Abwertung des N\$ auf die Wirtschaft**
4. **Erschreckendes Ergebnis beim Englischtest für Lehrer**
5. **Besorgnis des IWF über steigende Staatsverschuldung**

DIE ALLGEMEINE SITUATION IN NAMIBIA

Politik

Innenpolitik

Der von der Regierung erstellte Plan zur wirtschaftlichen Einwicklung „*Economic Empowerment Framework*“ (NEEEF) soll die ungleichen Wirtschaftsbedingungen und die Unterschiede zwischen Arm und Reich in den nächsten fünfundzwanzig Jahren deutlich reduzieren. Durch gezielte Wirtschaftsförderung sollen mehr Arbeitsplätze geschaffen werden. Allerdings gibt es noch keine konkreten Vorschläge.

Das oberste Gericht kündigte das Urteil wegen der Wahlanfechtungsklage von acht Oppositionsparteien für Anfang nächsten Jahres an.

Reporter ohne Grenzen sehen Namibia als das Land mit der größten Pressefreiheit in Afrika. Im weltweiten Vergleich landete Namibia mit einem Wert von 7,0 auf dem 21. Platz unter 178 bewerteten Ländern, dies wird vom namibischen Medieninstitut MISA allerdings kritischer gesehen. Man verweist hier auf den erst kürzlich aufgehobenen Bann für Anzeigen der Regierung im „Namibian“, auf die gelenkte Berichterstattung im NBC, dem staatlichen Rundfunk und Fernsehen. Auch stößt die Förderung der regierungseigenen Tageszeitung „New Era“ auf Kritik. Die oft mangelnden Auskünfte auf journalistische Anfragen bei der Regierung, insbesondere wenn es um Korruption geht, sind ein weiterer Kritikpunkt.

Die SWAPO hat Gerüchte zurückgewiesen, wonach es bereits jetzt interne Machtkämpfe zwischen der Generalsekretärin, Pendukeni Iivula-Ithana, und dem Vizepräsidenten der Partei, Hage Geingob, um die Nachfolge von Präsident Hifikepunye Pohamba gebe.

Die Diskussion über die deutsche Kolonialzeit geht nach der Rückgabe von zwanzig während dieser Zeit nach Deutschland ausgeführten menschlichen Schädeln weiter. Die direkt betroffenen Volksgruppen (Herero, Nama) sind enttäuscht über die deutsche Reaktion und erwarten weiterhin Reparationszahlungen von der Bundesregierung.

Die Universität Freiburg wird weitere vierzehn menschliche Schädel, die während der deutschen Kolonialzeit dorthin gebracht wurden, zurückschicken.

Außenpolitik

Namibia hielt und hält sich sehr bedeckt mit Stellungnahmen zu der Situation in der arabischen Welt und insbesondere in Libyen. Negativ äußerte sich Außenminister Utoni Nujoma zu den Vorgängen beim Tod von Ghadafi.

Die Verhandlungen mit der EU über eine Vertragsverlängerung für den Export von Rindfleisch, Weintrauben und Fisch in die EU sind immer noch nicht abgeschlossen. Es geht um die zollfreie Einfuhr nach Europa, gleichzeitig verlangt die EU einen weitgehend uneingeschränkten Zugang ohne Zölle zu dem namibischen Markt. Namibia befürchtet dadurch erhebliche Nachteile für die eigene Wirtschaft. Handelsminister Hage Geingob äußerte sein Missfallen über eine von der EU gesetzte Frist (Anfang 2014), um zu einem Vertrag zu kommen.

Namibia schickte im Rahmen der AU-Mitgliedschaft Wahlbeobachter in die DRC. Die Regierung äußerte sich positiv zu den Wahlen und deren Ausgang.

Die Beziehungen zu Großbritannien sollen intensiviert werden. So besuchte Präsident Pohamba kürzlich London, beim Gegenbesuch des britischen Afrikaministers Bellingham, im November, wurde das nochmal betont.

Das Gleiche gilt für die Beziehungen zu Spanien, die bisher vor allem wirtschaftlich (Fischindustrie) orientiert waren. Auch Österreich will seine Beziehungen zu Namibia verstärken und vor allem im Transportsektor helfen.

Staatsfinanzen

Die „Bank of Namibia“ ließ die „Reprorate“ weiterhin unverändert, um so das Wirtschaftswachstum zu fördern. Die verschiedenen Prognosen zum Wirtschaftswachstum 2011 sind zwischen 3,5% und 4%.

Der Internationale Währungsfond (IWF) äußerte Bedenken wegen der stark ansteigenden Staatsverschuldung. Diese soll von derzeit 16% des Bruttoinlandsprodukts auf 30% im Jahr 2014 ansteigen. Namibia will mit einer ausgabenorientierten Politik den möglichen Auswirkungen der weltweiten Wirtschaftskrise begegnen. Zudem soll auch die Wirtschaft angekurbelt werden, um Arbeitsplätze zu schaffen.

Der Haushaltsausschuss des Parlaments erklärte in einem Bericht, dass die Regierung zwischen 2004 und 2008 rund N\$ 1,1 Mrd. (rund Euro 110 Mio.) ohne Genehmigung ausgegeben hat.

Die herstellende Industrie trägt mittlerweile 16% (gegenüber 8% bei der Unabhängigkeit) zum BIP bei und hat damit den Bergbau (11%) überholt. Das zeigt eine erste Auswertung des BIP von 2010, dies betrug rund N\$ 85 Milliarden.

Die Oppositionsparteien, sowie betroffene Wirtschaftszweige sehen die aktuelle Zuteilung der Fischfangquoten als Bereicherung der politischen Elite. In einem wenig transparenten Prozess werden Fangquoten zugeteilt. Diese werden z. T. direkt weiterverkauft. Am Jahresende wurde auch bekannt, dass die meisten Quotenempfänger ihre Lizenzgebühren nicht bezahlt haben, so sind derzeit rund N\$ 70 Mio. ausstehend.

Wirtschaft

Über 200 ausländische Interessenten aus allen Bereichen der Wirtschaft wurden bei einer internationalen Investorenkonferenz Anfang Dezember in Windhoek gezählt. Konkrete Ergebnisse liegen noch nicht vor.

Zum Jahresende wurden die Zahlen einiger neu berechneter internationaler Indices veröffentlicht. Der Trend zeigt wie in den Vorjahren einen leicht abwärts im internationalen Vergleich.

Im „Doing Business Index“ (Weltbank) fiel Namibia um vier Plätze auf Rang 78 im Vergleich von 182 Ländern.

Im „Global Competitiveness Index“ (World Economic Forum) fiel Namibia um neun Plätze auf Rang 83 beim Vergleich von 142 Ländern.

Der Korruptionsindex von TI beträgt wieder 4,4, das bedeutet Rang 57 im Vergleich von 182 Ländern. Das ist keine aktuelle, jedoch eine deutliche Verschlechterung gegenüber früheren Jahren. Eine aktuelle Studie der Weltbank sieht vor allem folgende Ursachen: Bevorzugung Behandlung bei Privatisierungen, hohe kriminelle Energie in den Nachbarländern Südafrika und Angola sowie die Dominanz einer Partei.

Der leichte Rückgang des Goldpreises seit September hat für Namibia zumindest bei der Beschäftigung kaum Auswirkungen, da die Gestehungspreise immer noch deutlich unter dem Weltmarktpreis liegen.

Die Schwäche des N\$ führte zu einem weiteren Anstieg bei den Treibstoffpreisen. Dies hat wegen der steigenden Transport- und Energiekosten negative Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum, dies zeigt sich auch bei der Fischindustrie.

Die Preise für Kupfer (-22%), Zink (-19%) und Uran (-17%) gingen seit Jahresbeginn deutlich zurück, sind aber noch über den Erlösen vom Vorjahr. Dies wirkt sich vor allem auf die Gewinne aus. Es gibt kaum direkte Auswirkungen auf die Beschäftigung, da alle Minen (incl. der Gold- und Diamantenminen) nur rund 3% der Arbeitsplätze stellen. Der relativ hohe Anteil der Minen (incl. Diamanten und Gold) beim BIP

Die Importpreise für weißen Mais (+79%) und gelben Mais (+64%) stiegen wegen der international stark angestiegenen Nachfrage drastisch an.

Seit Jahresbeginn hat die namibische Währung gegenüber den Leitwährungen - Euro (-24%), US\$ (-18%) Brit. Pfund (-18%) – deutlich verloren. Bei Exporten ist somit der Erlös deutlich besser, während Importe teurer wurden. Dies könnte zu einer Belebung der namibischen Wirtschaft führen.

Der lange Arbeitskampf wegen Lohnerhöhungen und Arbeitsbedingungen bei einigen Minen wurde nach der Einigung über Lohnerhöhungen vorläufig beigelegt.

Unsachgemäßes Vorgehen beim Löschen von großflächigen Buschbränden in der Etoshapfanne führte zu großen Verlusten beim Wild. Es ist zu erwarten, dass dies zumindest kurzfristig die Besucherzahlen bei der größten Touristenattraktion im Lande vermindert.

Namibia hat seinen Anteil an „Debmarine“ auf 50% erhöht. Die anderen 50% hält De Beers. Debmarine sieht sich als das größte „offshore“ Unternehmen für die Diamantenförderung.

Der Rückgang der Uranpreise hat für die größte Uranmine im Lande negative Auswirkungen. Bis 2015 erwartet man erhebliche Verluste. Trotzdem gibt es bei den Uran- und auch den Zinkminen weiterhin so etwas wie einen "Wettbewerb der Investoren". Internationale Firmen wollen langfristig ihre Versorgung sichern.

Gesellschafts- und Sozialpolitik

Die Krankenkassen legten ihre Zahlen für 2010 vor. Die Ausgaben sind gegenüber dem Vorjahr um 65% gestiegen. Erste Untersuchungen zeigen erhöhte Ausgaben für Medikamente, Arzthonorare und Krankenhauskosten, genaueres wird noch untersucht. Allerdings wurden entsprechende Beitragserhöhungen bereits angekündigt.

Die offiziellen Zahlen zur Arbeitslosigkeit (52%) und auch zur Mangelernährung von Kindern werden von der Regierung und entsprechenden Organisationen angezweifelt.

In einem aktuellen Bericht fordert das IPPR eine Revision des Programms für Billighäuser, so dass sich mehr arme Namibier ein Haus leisten können, was in Anbetracht der hohen Mieten notwendig wäre.

Die Straßenbaubehörde veröffentlichte eine Statistik, wonach es täglich ein Todesopfer und 16 Verletzte auf namibischen Straßen gibt. Straßenverkehr ist daher hinter Aids und Tuberkulose die drittgrößte Todesursache im Land.

Bei der Eröffnung des Anti-Korruptionsforums des südlichen Afrika (SAFAC) hat Präsident Pohamba alle Formen der Korruption verdammt und darauf hingewiesen, dass Namibia alle wichtigen Protokolle zur Korruptionsbekämpfung unterzeichnet hat.

Den erstmals landesweit durchgeführten Englischtest für Lehrer schafften nur 2% der teilnehmenden rund 21.000 Lehrer, bei nur sehr geringen Anforderungen. Englisch ist die Unterrichts- und Prüfungssprache. Nach endlosen Diskussionen über die Probleme im Bildungsbereich ist dies erstmals eine belastbare Aussage über eine der Ursachen. Die Regierung will mit intensivem Training die Situation verbessern und hat deswegen auch an die internationale Gemeinschaft wegen Unterstützung appelliert.

Das Ergebnis der wichtigen Prüfung nach der zehnten Klasse ist kaum besser als im letzten Jahr. Wieder schafften nur etwas mehr als die Hälfte (51,5%) der 35.640 Kandidaten die Qualifikation für die 11. Klasse. 1993, als nur 37,5% der Prüflinge den Sprung in die 11. Klasse schafften, wurden die Ansprüche deutlich reduziert und seitdem kaum wieder angeboten!

Aktuell verkündet die Sozialversicherungskommission, dass weniger als 11% der Bevölkerung einem Pensionsfond angehören, sie müssen daher im Alter auf die staatliche Rente von derzeit N\$ 500 vertrauen.

Wolfgang Kleine

Der Autor ist Leiter der Vertretung der Hanns-Seidel-Stiftung in Windhoek, Namibia.

IMPRESSUM

Erstellt: 10.01.2012

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Prof. Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iz@hss.de | www.hss.de